



Presse · Medien Information



Verwaltungsstelle Osnabrück
Stephan Soldanski
Tel. 0541 / 338 38 - 11 13
mobil 0160 / 533 0248

12. September 2005

“Umlagefinanzierung jetzt! Ausbildungsplatzmisere nicht einfach wegjubeln“

Die IG Metall Osnabrück sieht sich durch die neuesten Zahlen der Agentur für Arbeit in ihrer Forderung nach einer Umlagefinanzierung der betrieblichen Ausbildung bestätigt.

Der Ausbildungspakt von Wirtschaft und Regierung hat auch im zweiten Jahr nicht das gehalten, was großmündig versprochen wurde.

Die Datenlage bleibt komplex und gerechnet wird je nach Interessenlage. Doch eines ist klar, auch 2005 ist es nicht gelungen, allen Bewerbern einen Ausbildungsplatz zu verschaffen. Da nützen auch alle statistischen Tricks nichts, mit denen die Paktpartner diese bittere Wahrheit zu verschleiern versuchen.

Die IG Metall Osnabrück stellt auch für das Jahr 2005 fest: Der Ausbildungspakt ist gescheitert.

Die aktuellen Zahlen der Agentur für Arbeit in Osnabrück beschreiben die dramatische Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Einem Angebot von 313 unbesetzten Stellen im August 2005 standen 856 noch nicht vermittelte Bewerber gegenüber. Somit fehlen allein rechnerisch über 543 Ausbildungsplätze.

Hinzu kommen diejenigen Jugendlichen, die sich bereits in den sogenannten “Warteschleifen” befinden und statistisch überhaupt nicht mehr erfasst sind. Diese Zahl wird sich, wie im Vorjahr, auf mindestens 1.000 belaufen.

Somit fehlen allein nach dieser Rechnung in der Region über 1.500 Ausbildungsplätze.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Agentur für Arbeit seit Oktober letzten Jahres nur 3.381 Ausbildungsstellen seitens der Wirtschaft gemeldet worden sind. Das sind über 10% weniger Ausbildungsplätze als im Vorjahr.

“Diese Zahlen lassen nun wahrlich keinen Grund zur Sektkorkenknallerei und Erfolgsmeldungen zu. Sie sind ein gesellschaftlicher Skandal. Hier besteht dringender Handlungsbedarf“, so IG Metall Sekretär Stephan Soldanski.

Gleichzeitig schnellen die Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit in die Höhe. Von den Jüngeren unter 25 sind derzeit 3.601 ohne Arbeit. Das sind 756 mehr (+27%) als im August 2004. Der Anteil an der Arbeitslosigkeit beträgt insgesamt nunmehr 16 Prozent.

“Es muss endlich Schluss damit sein, dass bundesweit nur noch knapp 20 Prozent der Industrieunternehmen ausbilden“, fordert der Gewerkschafter und verweist auf die IG Metall Forderung „Wer nicht ausbildet, muss zahlen!“ in Form der Umlagefinanzierung.

Diese wird hauptsächlich durch die Arbeitgeberverbände entschieden abgelehnt. Sie fürchten bürokratischen Aufwand und erhebliche Kosten für die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen.

Für die IG Metall ist dieses nur ein vorgeschobenes Argument. Die Ausbildungskapazitäten seien in den Betrieben vorhanden. Die Plätze müssten nur besetzt werden. Und dieses ist allein eine Frage der Finanzierung, die neu zu regeln sei.

Vorschläge in der Form von Schmalspurausbildungen mit theoriegeminderten Ausbildungsinhalten, vor dem Hintergrund steigender Qualitätsanforderungen und Facharbeitermangel zu fordern, oder mit Hilfe durch das Absenken von Ausbildungsvergütung zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, sind für Soldanski dabei reine Ablenkungsmanöver und realitätsfern.

“Wir brauchen Maßnahmen, die schnell ein zusätzliches Ausbildungsplatzangebot schaffen. Dabei darf aber keineswegs die Qualität der Ausbildung auf der Strecke bleiben. Sonst würden nur wieder neue Probleme geschaffen werden“, so Soldanski weiter.

Handlungsbedarf ist dringend geboten - sowohl in den Betrieben als auch im gesellschaftlichen und politischen Rahmen. Die zur nächsten Bundestagswahl anstehenden Parteien werden sich daran messen lassen müssen, wie ernst es ihnen mit der Zukunft der Jugend ist!

Die IG Metall fordert daher Politik und Wirtschaft gleichermaßen auf, jetzt endlich erfolgreiche Maßnahmen zu ergreifen, damit Jugendliche tatsächlich eine Ausbildungschance bekommen und nicht weiter durch leere Versprechungen hingehalten werden.

“Die Zeit ist mehr als reif! - Es muss jetzt gehandelt werden,“ fordert der Gewerkschafter, “damit aus dem heutigen Ausbildungsplatzdefizit und der Jugendarbeitslosigkeit nicht Langzeitarbeitslosigkeit von morgen entsteht.“